

Saale-Beitung.

Anzeigen
 werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen.
 Bekannten die Seite 75 Pfg.
 Erhalten wöchentlich 70 Pfund;
 Sonntag und Montag einmal,
 sonst zweimal täglich.
 (Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Nr. 430.

Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 13. September 1902.

1902.

Die wachsende Schuldenlast.

In der letzten Sitzung der Zolltarifkommission vor der Beratung wurde bei Gelegenheit der Beratung des Centrumsantrages betreffend Verwendung der Mehreinnahmen aus dem Zolltarif eingehend über die Lage der Reichsfinanzen verhandelt. Dabei wies der Vertreter der bayerischen Regierung darauf hin, daß unter Reichsschuld auf ca. 3 Milliarden angewachsen sei und die Finanzgründung einer planmäßigen Schuldentilgung nicht länger aufgeschoben werden dürfe. 3000 Millionen Schulden sei es eine so gewaltige Summe, daß den Finanzmännern wie den Steuerzahlern angst und bange werden muß.

In verhältnismäßig kurzer Zeit haben die Reichsschulden diese gewaltige Höhe erreicht. Bis zum Jahre 1876 ist das Reich, abgesehen von den unverzinslichen Reichsstaatsrenten, vollständig schuldenfrei gewesen, nachdem die französische Kriegsschuldenerlöse es ermöglicht hatte, die Anleihen des Norddeutschen Bundes zu tilgen und weiterhin alle einmaligen außerordentlichen Ausgaben im Haushalts zu decken. Mit dem Jahre 1876 begann die Aufnahme von Anleihen zur Deckung einmaliger und außerordentlicher Ausgaben. Doch belief sich die verzinste Reichsschuld auch am 1. April 1886 erst auf 440 Millionen Mark. Infolge der großen neuen Militärausgaben der folgenden Jahre, namentlich für die Marine, für Reichseisenbahnen und den Bau des Nord-Deutschekanals wuchs die Reichsschuld darauf, daß sie am 31. März 1890 mit 1115 Millionen Mark die erste Milliarde überschritten hatte. In den folgenden zehn Jahren sind dann zwei weitere Milliarden hinzugekommen. Die Ausgaben für Militär, Marine und Kolonien sind in außerordentlich schnellem Tempo gesteigert worden, ohne ausreichende Rücksicht auf die Finanzlage und das bedrohliche Anwachsen der Reichsschuld. Bei der Beratung über das Budgetgesetz trat der damalige preussische Finanzminister v. Miquel im Reichstag auf, um die finanzielle Entwicklung der Zukunft in rosigem Farben zu malen. Er appellierte an das Vertrauen zu seiner Autorität als Finanzmann und sprach die Zuversicht aus, daß die großen Aufwendungen für die Marine ohne neue Steuern getragen werden könnten. Herr v. Miquel hat sich mit seinen Voraussagen gewiß nicht geteilt; sehr bald hat sich ein großer Teil der einzelnen Bundesstaaten gegen die wachsenden Materialumlagen und verlangte, wie das auch jüngst in der Zolltarifkommission geschehen ist, neue Steuern, um das Gleichgewicht im Reichshaushalt zu erhalten.

Den Steuerzahlern wird durch die Verzinsung der ständig steigenden Reichsschuld eine große Last auferlegt. Im Jahre 1902 erforderte die Verzinsung der Reichsschuld 94 Millionen. In dem geographisch-statistischen Taschenatlas Professor Wichmann's für 1902 finden wir die Schulden der Staaten bildlich dargestellt, und — sollte man es glauben? — Deutschland hebt England, dem reichsten Staat der Welt, wenig nach. England wird mit 14.400 Millionen, Deutschland mit 13.300 Millionen verzeichnet. Dabei sind die Schulden des Deutschen Reiches nur mit 2420, die der Einzelstaaten mit 10.940 Millionen eingestrichelt. Zwar ist der Kopf der Bevölkerung in der Bevölkerung in England höher als in Deutschland, doch 344, vier 237 W. Aber an jährlichem Aufwand für die Staatschuld hat Deutschland 506, England dagegen nur 470 Millionen aufzubringen.

Und England sollte weit mehr Staatsschulden zurück, als irgend ein anderes Reich. Graf Paladonowsky hat Grund darauf hingewiesen, wie sich die britische Schuld in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts gemindert hat. Aber ist es in der zweiten Hälfte anders gewesen? Angehende Opfer forderte der Krimkrieg. Nach seiner Beendigung betrug die Staatschuld Englands 829 Millionen Pfund, sie sank bis 1899 auf 627 Millionen. Es wurden also mehr als zwei Milliarden Mark zurückgezahlt. Welcher Staat hätte sich eines ähnlichen Erfolges zu rühmen? Und sowie der Friede in Südafrika hergestellt ist, ist die erste Sondierung des britischen Ministeriums, daß es den Schuldentilgungsfonds wiederherstellt und die schwebende Schuld vermindert. Englands großartiger wirtschaftlicher und finanzieller Aufschwung aber ist unter der Herrschaft des freien Handelsystems erfolgt. Mit Recht können die Vertreter der deutschen und preussischen Finanzen auf diese Erfolge blicken.

Und doch, vielleicht ist Graf Paladonowsky nicht einmal in Überdramatik sich selbst gerathen, wenn er Englands Schuldentilgung rühmt und die deutschen Schuldentilgungen beklagt. Denn welchen Zweck hat es, ein Land an einer Stelle zu verpflanzen, wenn man mehrere Länder an der anderen Stelle öfnet. Und darauf wird die Finanzverwaltung aufeinander noch lange angewiesen sein. Worin werden Schulden gemachtes Uferlose.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.
 * Prinzessin Viktoria Luise, die Tochter des Kaisers, feiert heute ihren 10. Geburtstag.

Der Umfang der diesjährigen Getreideproduktion
 läßt sich nach den bisher vorliegenden Angaben über den Ausfuhr der diesjährigen Getreideernte und auf Grund zuverlässiger

Schätzungen seiner Gesamtwertung noch größer annehmen, als im Vorjahre. Allerdings haben sich die Exportverhältnisse in einzelnen der Getreidebauenden Staaten nicht unwesentlich gegen das Jahr 1901 verändert. Was zunächst die europäischen Länder betrifft, so hat die Mehrzahl der in Betracht kommenden Produktionsgebiete erst öfhte Ernteerträge aufzuweisen. An der Spitze dieser mehrproduzierenden Länder marschirt Deutschland, das 50,75 gegen 34,8 Millionen Hektoliter des Vorjahres an Getreide gewonnen hat. Es folgen Oesterreich-Ungarn mit 80,4 gegen 66 Mill. Hektoliter, Frankreich mit 122 gegen 110 Millionen, Rußland mit 156,6 gegen 145, Bulgarien mit 14,5 gegen 11,6, die Türkei mit 14,5 gegen 11,6, Belgien mit 5 gegen 4,4, Dänemark mit 1,15 gegen 0,75 und Griechenland und Holland mit je 2,2 gegen 1,9 Millionen Hektoliter. Dagegen haben Großbritannien, Spanien, Italien, die im Jahre 1901 entsprechend 20,3 Millionen, 4,9 Millionen und 46,4 Millionen Hektoliter produzierten, geringfügige Anstöße erlitten; ein sehr erheblicher Rückgang der Getreideproduktion ist aber in Portugal eingetreten, das in diesem Jahre nur 2,2 gegen 17,4 Millionen Hektoliter im Vorjahr gewonnen hat. Für Schweden, Serbien, Rumänien und die Schweiz hat sich, wenn die auf dem Schätzungswege ermittelten Zahlen zutreffen, die Produktion ziemlich auf gleicher Höhe gehalten. Während somit für die europäischen Getreideländer die Gesamtproduktion auf rund 585,5 Millionen Hektoliter, demnach gegen das Vorjahr eine Produktionssteigerung um 54,6 Millionen Hektoliter angenommen werden kann, dürfte sich das Ergebnis der früheren am Getreidebau beteiligten Erdteile umgünstiger als 1901 stellen. Unter den außereuropäischen Ländern findet sich nur ein, das seine Ausbeute nennenswert gesteigert hat. In Argentinien wird der Ernteertrag auf 29 gegen 20,3 Mill. hl im Vorjahre berechnet. Alle übrigen Produktionsgebiete sind in ihrem Gewinne entweder konstant geblieben, wie Kanada, Klein-Asien, Ägypten, die Kap-Kolonien, Alaska, Persien, Syrien, Mexiko, oder haben, wie in erster Linie die Vereinigten Staaten, Indien und Australien, sehr erhebliche Anstöße zu verzeichnen. Die Getreideernte ist in den Vereinigten Staaten von 27,7 auf 28,8 Millionen, in Indien von 9,4 auf 9,2 Millionen, in Australien von 15,7 auf 11,6 Millionen Hektoliter zurückgegangen. Sonach ergibt sich für die Getreideländer außerhalb Europas mit einer Gesamtproduktion von 452 Millionen Hektoliter ein Verlust gegen das Vorjahr von rund 34,5 Millionen Hektoliter. Unter dem wesentlich günstigeren Ausfall der europäischen Getreideernte verhielt sich aber das Gesamtsergebnis der Berechnung dahin, daß 1902 rund 1037 gegen 1015 Millionen Hektoliter, also ca. 22 Millionen Hektoliter mehr Getreide insgesamnt gewonnen wurden. Wenn also die Getreideernte in Europa in dem Jahre 1901/2 nach den Aufstellungen der Londoner „Corn Trade List“ auf 2,9 Mill. Hektoliter wünschentlich angenommen werden kann, dürfte sich für die Periode 1902/3 unter Berücksichtigung der natürlichen Produktionssteigerung der wesentlich erforderliche Import auf 2,6 Millionen Hektoliter ermäßigen. Also trotz der guten Ernte wird Europa noch einer wesentlichen Einfuhr bedürfnis. Was übrigens den Prokonsum der europäischen Nationen betrifft, so zeigt sich, daß, auf den einzelnen berechnet, in Rußland das meiste, in England das wenigste Brot gegessen wird. Es entfallen in Rußland 317 kg., in Großbritannien 190 kg. auf den einzelnen Bewohner, in Deutschland beträgt diese Verbrauchsmenge 280 kg., in Frankreich 270 kg., in Italien 200 kg.

Politisches.
 * Oberbürgermeister Wittling in Bosen ist zur Zeit eine gekündete Personlichkeit. Während der Kaiser persönlich sich bemüht, ihn zur Beibehaltung seines Bosenen Postens zu bewegen, und Graf B. von Herrmann zu einer Konferenz nach Norddeutsche, verläuft jetzt, daß am 24. d. M. eine Sitzung des Aufsichtsrates der Nationalbank für Deutschland stattfindet, in der Oberbürgermeister Wittling in Bosen in die Direktion gewählt werden soll. — Dazu wird weiter geschrieben:

Oberbürgermeister Wittling hat mit der Nationalbank für Deutschland noch nicht fest abgeschlossen. Die Direktorenstelle mit einem Einkommen von ca. 100,000 M. incl. Entlohnung ist ihm noch einige Zeit freigeblieben worden. Die Regierung bemüht sich, Wittling dem Staatsbankrott zuzuführen. Man spricht davon, daß Herr Wittling an Stelle des demnächst in den Ruhestand tretenden Herrn v. Wittensburg Präsident der Anstaltungskommission werden sollte.

Herr Wittling ist demnach in der angenehmen und seltenen Lage, zwischen verschiedenen gleich ehrenvollen Posten auszuwählen zu können.

* Den verschiedensten Kommentaren über das „Mittel-Erdbeben“ des Erzbischofs v. Staßfurt zum Empfang des Kaisers in Bosen tritt die „Mittl. Allg. Ztg.“ mit folgenden, aufsehend öfiziösen Zeilen entgegen:

Die Geschichte steht sehr nach sensationellem Ausbruch aus und hat wenig innere Wahrscheinlichkeit. Sie steht auch nicht im Einklang mit der Art des Erzbischofs, der — wie man auch im Leibzahn über ihn denken mag — doch ein so langer Mann ist, daß er einen so plumpen Verstoß gegen die dem Kaiser schuldige Höflichkeit nicht begangen haben würde, es sei denn, daß er auf keinen lebendigen Zustand geliebt, erschossen war, sich ganz und gar ferngehalten und diese Stelle auch durchzuführen Da er schließlich zur Audienz beim Kaiser erschien, so ist es eigentlich so gut wie undenkbar, daß er auf dem finstlichen Wege des unverschämlichen Betrugens vom Empfang vorher demonstriert haben sollte, und das noch dazu entgegen der vorher in der polnischen Presse veranlagten Ankündigung.

Wie mitgeteilt, fand auf dem Bahnhofs in Bosen nur militärischer Empfang statt, während die Spitzen der Zivilbevölkerung den Kaiser im Generalkommando erwarteten. Unter ihnen befand sich auch der Erzbischof.

* Die Verküpfung der Gegenfälle zwischen Preußen deutsch und polnisch er Bunge macht immer weitere Fortschritte. Auf der Tagesordnung der am 23. d. stattfindenden Generalversammlung des Vereins „Polener Gastwirthe und Restaurateure“ steht der Antrag eines Mitgliedes, wonach künftig der Vorstand des Vereins die gesammte Korrespondenz, die Anträge, die Einladungen zu Versammlungen usw. nur in deutscher Sprache führen bzw. erlassen soll. Der „Westsphaliner“ erwidert darauf: „Dieser Antrag ist verwerflich, daß kein Pole mehr ein deutsches Restaurant betreten kann.“ — Die Gemeindefortschritte scheinen demnach wenig Fortschritte zu machen, was aus den von uns oft angeführten Gründen nicht so sehr verwundern darf. Wer noch so viel mit sich selber zu thun hat, wie die „verächtlichen Kreise“ in den öfentlichen Protokollen, wird wenig an die anderen abgeben können.

* Wenig nobel, um nicht einen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, ist die Kampfbewegung, die jetzt die „Post“ gegen die Freizügigen geführt hat. Nach dem konservativen Blatt, dem es das Sachliche Organ für Agrar-Demagogie natürlich gefordert werden sollte, soll nämlich in einem „Freizügigen Protokoll“ geschrieben haben, daß mit dem Fragment der Proterektur-Steuer eine wenig anfangen sei, wenn die diesjährige Getreideernte niedrige Getreidepreise herbeiführen sollte. Die Bitte müsse in diesem Falle in ihren wirtschaftlichen Fortsetzungen das Hauptgewicht auf die Gefahr eines Polerkrieges legen. Weiter findet die „Post“, aus der ganzen „Tonart“ des Artikels heraus, daß die Freizügigen möglichst hohe Getreidepreise wünschen, um das Volk durch den Sturz des Werts auf 100 nach zu drücken und so zu können. — Daß die Volksworte in ihrer Verlegenheit um wirksame Kampfmittel in der Zollfrage auf die absonderlichsten Ideen verfallen, haben wir des öfteren schon nachgewiesen. Dem Freizügler jedoch bei seinen unausgesetzten Versprechungen um Herbeiführung einer billigen Volkswahrung — eine der natürlichsten und gerechtesten Forderungen der Welt — eine derartige agitatorisch-berichterliche Wästel unterstellen zu wollen, übersteigt die Grenzen anständiger und ehrlicher Meinung. Auffallenderweise verdrängt auch die „Post“ den Namen des Revolutionsblattes, das den Artikel gebracht haben soll, wodurch das Geschrei nicht weniger lauchhaft wird. Zudem weiß ein jeder, wenn — oder sollte es vielmehr wissen, — daß Getreidepreise das Volk nicht verlieren müssen; von billigen Preisen kann in solcher Falle überhaupt keine Rede sein. Die Erträge aus der diesjährigen Ernte sind, wie an anderer Stelle nachgewiesen, quantitativ gut; das Getreide ist aber bei nassem Witterung wegen klamm, weshalb trockenes russisches Getreide zur Beihilfung geordert wird. Auch das übersteigt das konservative Organ vollständig. Die Agrarier und ihr Umfang müßten schon mit ganz anderen Beweismitteln kommen, um die Welt überzeugen zu können, daß durch Zölle und Grenzverwehre eine Verbesserung der Lebensmittel nicht eintritt. Doch ihnen liegende überzeugende Beweisführung nicht gelang, ist nicht zu verwundern. Gegen die Einfuhr des gelinden Menschenstandes läßt sich auf die Dauer nicht streiten.

Vollstweidigkeitliche.
 * Die Spiritusproduktionseinschränkung droht wie die „Deutsche Tagesztg.“ mittelt, an dem Wdrerlande und dem Fernreisen verhältnismäßig weniger Brennereibetriebe zu scheitern. Wie aus den Kreisen der Centrale bekannt, geht man dort mit dem Gedanken an, die Klamen daz zu veröffentlichen, die sich ferngehalten haben. — Es wäre zu begrüßen, wenn man auf diese Weise die Klamen dieser vernünftig denkenden Volksworte erhöhe. So gar wenig werden es übrigens nicht sein, wenn eine geringe Zahl könnte man von der Centrale aus doch einmütig ignorieren.

* Bei dem Gummialtbau zu Navstich soll eine Submission für die Lieferung von Zylinderreifen ausgeschrieben worden sein, bei der die dortige Strafankast das niedrigste Gebot nach 1000 Mark unterboten haben soll. — Die Nachricht wird in dieser Form wohl kaum zutreffend sein; denn die Beschaffung einer Strafanstalt an einer Submission müßte zu klaren Bedenken Anlass geben. Die Konkurrenz der Handwerker durch die Strafankast ist ohnehin groß genug.

* Infolge des schlechten Geschäftsganges in der Bielefelder Brikette geben, wie aus Eisen berichtet wird, die holländischen und lippeischen Regalefabriker mit dem System der Werke schon jetzt, fast erst Ende Oktober, die Beschäftigung auf.

Kirche und Schule.
 * Der Würzburger Universitätskonflikt soll jetzt nach der „Mugburger Volkszeitung“ dadurch gelöst werden, daß Dr. Simonfeld, außerordentlicher Professor der Geschichte an der Würzburger Universität, an die Universität Würzburg als ordentlicher Professor der Geschichte kommen, dagegen G. von H. an die Universität Gießen transferiert werden soll. — Die Gießener Presse ist natürlich entsetzt. Wir halten es für nötig, eine Bestätigung der Nachricht abzuwarten. Recht glaubhaft scheint sie uns nicht zu sein.

Parlamentarisches.
 * Wie verlautet, soll für das durch den Tod B. von H. erledigte Landtagsmandat des 3. B. von H. W. von H. Dr. E. D. Friedemann als Kandidat aufgestellt werden.

* Das herzogliche Staatsministerium zu Weimern wird dem Landtag demnächst einen Gesetzentwurf vorlegen, durch den der allgemeine Subjuktionszeit, wie ihn die Verfassung vom 23. August 1839 in § 11 für das Herzogtum Weimern vorkreist, abgeändert wird.

